

Zeitschrift: ZeitBild

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 14 (1973)

Heft: 8

Artikel: Von Helsinki nach Moskau : die sowjetische Friedenspolitik verlagert sich wieder auf die gesellschaftliche Ebene

Autor: J.S.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095080>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die sowjetische Friedenspolitik verlagert sich wieder auf die gesellschaftliche Ebene

Von Helsinki nach Moskau

Wie sich aus dem internen sowjetischen Verhalten erkennen lässt, hat die Vorbereitungs-konferenz in Helsinki offenbar doch nicht ganz das gehalten, was man sich in Moskau davon versprochen hatte. Deshalb gehen die Sowjets daran, mit einer neuen internationalen Kampagne auf gesellschaftlicher Ebene den westlichen Regierungen durch Druck in den einzelnen Ländern etwas nachzuhelfen. Es würde in der westlichen Öffentlichkeit nun darum gehen, die sowjetisch-behördliche Koordinationszentrale dieser Kräfte einzusehen, welche ganz direkt ein Instrument der sowjetischen Aussenpolitik darstellen. Man tut dergleichen gerne als Ammenmärchen ab. In Wirklichkeit ist die behauptete Unabhängigkeit solcher Bewegungen von der Moskauer Organisation das Ammenmärchen. (Uebrigens: Wer das den westlichen Antikommunisten nicht glauben will, soll es wenigstens den chinesischen Kommunisten glauben, die das gleiche sagen.)

Die sowjetische «Friedenspolitik» hält gleichzeitig zwei Eisen im Feuer. Auf staatlicher Ebene forciert sie seit 1966 die Konferenz für Sicherheit und wirtschaftliche-kulturelle Zusammenarbeit in Europa, auf gesellschaftlicher Ebene mobilisiert sie ihre artigen Freunde, die sogenannten «friedliebenden und fortschrittlichen Kreise der kapitalistischen Länder», die ihrerseits Druck auf ihre eigenen Länder ausüben sollen und es auch sehr erfolgreich tun.

Einsilbigkeit . . .

Liest man sowjetische Zeitungen, so erhält man den Eindruck, der Sowjetführung sei momentan die Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte für einen Frieden ihrer Machart wichtiger als die Vorbereitungskonferenz in Helsinki. Die dritte Runde ist zu Ende gegangen, und noch immer blieb die sowjetische Öffentlichkeit praktisch ohne Information über die Vorgänge in Helsinki. Man hat dieser Veranstaltung keinen einzigen Artikel gewidmet, und selbst die Tass-Meldungen von einigen Zeilen waren Ausnahme. Die «Prawda» bringt jede Woche eine Rubrik unter dem Titel «Die internationale Woche».

Hier waren wenigstens einige Worte über Helsinki zu finden; sie widmeten sich der Bekanntgabe sowjetischer Vorstösse. Der einzige grössere Bericht — etwa 25 bis 30 Zeilen — befasste sich mit dem sowjetischen Vorschlag zur Tagesordnung der Sicherheitskonferenz. Dass auch andere Delegationen (zum Beispiel die rumänische oder die schweizerische) zuweilen eigene Anregungen vorbrachten, brauchte nicht erwähnt zu werden; schliesslich gehört etwas, was mit den sowjetischen Empfehlungen nicht identisch ist, ohnehin nicht zum Thema der europäischen Zusammenarbeit.

In Osteuropa, namentlich in Ungarn und Polen, war die Information zwar immer noch schön schlagseitig, aber doch sowohl umfangreicher als auch weniger exklusiv. Während sich die eigentliche Berichterstattung natürlich auf die Vorstösse sowjetfreundlicher Partner konzentrierte, war den Initiativen von anderer Seite immerhin dann und wann ein zusammenfassender Satz gewidmet. So konnte die Öffentlichkeit auch über die offiziellen Medien erfahren, dass in Helsinki auch sonst noch hie und da etwas gesagt worden ist. Und konnte sich sogar ausrech-

nen, dass die sonst in den volksdemokratischen Medien ausführlich gehandhabte Polemik gegen den Gedanken beispielsweise eines freien Personen-, Informations- und Meinungsaustausches nicht nur im Zusammenhang mit Revanchisten steht, sondern auch im Zusammenhang mit (schüchternen) Anregungen aus Helsinki.

. . . und Wortschwall

So karg einstweilen wenigstens die sowjetische Berichterstattung über Helsinki ausfällt, so ausführlich werden dafür die «gesellschaftlichen Vorstösse» für die europäische Sicherheit behandelt.

Es handelt sich hier um eine Vorbereitungsphase, wie man sie schon früher hatte. Vor rund einem Jahr war in Brüssel eine europäische Konferenz der Friedenskräfte abgehalten worden, wo man mit grosstem Nachdruck die baldige Einberufung der Sicherheitskonferenz verlangte. Alle sowjetischen Zeitungen widmeten sich damals wiederholt und seitenweise dieser von Moskau inspirierten und unterstützten Friedenstagung. Nicht nur die Äusserungen der sowjetischen und osteuropäischen Vertreter, sondern auch die klingenden Worte der Friedenskämpfer aus den kapitalistischen Ländern wurden grossteils im Wortlaut mitgeteilt. Man publizierte die zahlreichen Beschlüsse, Aufrufe und Empfehlungen, man kommentierte sie einzeln und zusammenfassend.

Die zweite Friedensoffensive

Offensichtlich bezieht man jetzt die Ausgangsstellung zu einer «zweiten Offensive für den Frieden».

Das Präsidium des Weltfriedensrates hielt im Oktober 1972 in Santiago (Chile) eine Session ab, an der es einen Weltkongress der friedliebenden Kräfte vorschlug. Es rief die internationalen und nationalen Friedensorganisationen, ebenso verschiedene Parteien und Bewegungen auf, den Kongress im Herbst 1973 in Moskau abzuhalten. Dort ist zur Unterstützung dieser von dort kommenden Idee ein Sowjetkomitee an der Arbeit, das damit beauftragt ist, die Tagung vorzuberei-

Briefe

Ervin György zu «Ost und West» (Nr. 6/1973: «Militärgericht»)

In der Einleitung wurde von der Redaktion ein halber Satz eingefügt, der nicht meinen Intentionen entspricht. «Das ist der Unterschied zwischen Ost und West. . .» heisst es da. Ich möchte das «Militärgericht» — wie übrigens auch alle meine andern Schriften — nicht nur im Gegensatz zweier Himmelsrichtungen verstanden haben. Und das gilt gerade für das «Militärgericht» ganz besonders. Es ist der Gegensatz zwischen Diktatur und Demokratien, den ich aufweisen möchte. Und Diktatur gab und gibt es nicht nur im Osten. Hitler-Deutschland war auch im Westen, und dort waren die SS-Gefängnisse auch nicht besser als in Bukarest. Und wo ist Griechenland? Im Westen oder im Osten? (Geographisch im Osten — falls Ju-

goslawien, Albanien und Bulgarien auch dort liegen. Und nicht geographisch erst recht, wird doch auch Griechenland — wenigstens annäherungsweise — faschistisch regiert. Anm. cb) *Die Militärgerichte sind auch dort nicht humaner. Meine fünf Jahre, die ich in rumänischen Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern verbracht habe, haben nur dann einen Sinn gehabt, wenn ich alle Militärgerichte und Militärgefängnisse aller Himmelsrichtungen unabhängig verdammen kann. Mit herzlichen Grüssen Ihr Ervin György.*

*

Wir stimmen grundsätzlich mit Ihnen überein, und so stand es auch ausdrücklich in jener Einleitung: «Gefährliche Institutionen entstehen überall, wo Diktatur herrscht, wo die Rechtsstaatlichkeit aufgehoben ist, wo die Willkür um sich greift, wo Einzelne oder Gruppen einen Allgemeingültigkeitsanspruch für ihre Ideologie oder Weltanschauung, für ihren politischen oder andern Glauben durchzusetzen vermögen.»

Tatsächlich hat der Begriff «Ost—West» in politischen Zusammenhängen schon längst symbo-

lischen Charakter angenommen und erweckt kaum mehr geographische Assoziationen. Wir haben denn auch immer vertreten, dass die Scheidung zwischen totalitären und demokratischen Neigungen quer durch alle Völker verläuft, was namentlich durch das Beispiel der Freiheitskämpfer in den kommunistisch geführten Ländern und der gewaltanwendenden Rebellen in den Demokratien unterstrichen wird. Uebrig bleibt der Umstand, dass geschlossene Gesellschaften vor allem im europäischen Osten, offene Gesellschaften vor allem im Westen dieser Gebiete angesiedelt sind. Uebrig bleibt, dass geschlossene Gesellschaften im Westen durchschnittlich nicht annähernd so geschlossen sind wie im Osten. Und in diesem Sinn haben wir vom Unterschied zwischen Ost und West geschrieben und betont: «Wo nur Grautöne vorherrschen, wird der Unterschied zwischen hellerem und dunklerem Grau wesentlich und entscheidend.» Wer würde nicht lieber in Griechenland, Spanien oder Südafrika für die Öffnung der Gesellschaft kämpfen als in der Sowjetunion? Mit weniger Gefahren für sich selbst und mit mehr Aussicht auf Erfolg. P. S.

ten und die UdSSR an ihr zu vertreten («Prawda», 9. März).

Am 16. März trat in Moskau ein erstes «Internationales Konsultativtreffen der Vertreter der friedliebenden Kräfte» zusammen, um den Weltfriedenskongress vorzubereiten. Laut «Prawda» erschienen 170 Delegierte aus 52 Ländern, unter ihnen viele Vertreter der verschiedenen Uno-Komitees, der Arabischen Liga, internationaler und regionaler Gewerkschaftsorganisationen etc.

Die «Prawda» brachte täglich ausführliche und lange Berichte über das Treffen; man veröffentlichte die Ansprachen der einzelnen Friedenskämpfer in Auszügen und zum Teil im vollen Wortlaut.

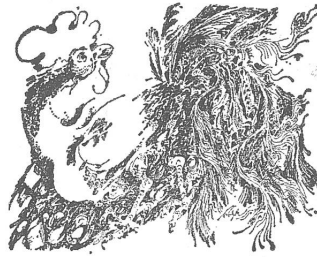
Der Generalsekretär des Weltfriedensrates, G. A. Romsch Tschandra aus Indien, betonte, das Treffen werde ein neues Kapitel in der Mobilisierung der friedliebenden Weltöffentlichkeit für Frieden, Verteidigung der Sicherheit und der nationalen Unabhängigkeit eröffnen. Noch niemals zuvor seien so viele Vertreter verschiedener Organisationen zusammengekommen, um über den Weltkongress der friedliebenden Kräfte zu verhandeln. Er wiederholte die Einleitungsworte von M. W. Simjanin, Vorsitzender des gastgebenden Sowjetkomitees, wonach die internationale Politik nicht nur Angelegenheit von Regierungen und Staaten sei, sondern in erster Linie Sache der gesellschaftlichen Kräfte. Eine sehr bequeme Aussage in einem Land, wo die gesellschaftlichen Kräfte Sache der Behörden sind, die alles liquidieren, was an behördlich nicht gewünschter Aktivität entfaltet wird.

Der Kongress der Friedenskräfte soll laut Beschluss des vorbereitenden Gremiums folgende Themen vorrangig behandeln: Festigung des Friedens in Indochina und andern Regionen, Entspannung in Europa, Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung in Afrika.

Dialog der Völker

Die Anwesenden wandten sich mit einem dringenden Appell an alle, die bereit sind, ihren Beitrag zur Vorbereitung und Abhaltung des Oktoberkongresses in Moskau zu leisten. Die Phraseologie des Aufrufs unterscheidet sich in nichts von den sowjetbehördlichen Sprachgepflogenheiten bei Friedensappellen. Unter anderem heisst es da: «Wir sind überzeugt, dass ungeachtet der Unterschiede in der ideologischen Einstellung und Auffassung, ein offener Dialog über die erwähnten Fragen von grossem Nutzen für die Sache des Friedens und der Entspannung ist und das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern festigt.»

Man sollte allerdings meinen, dass zu einem Dialog unter den Völkern allen Völkern die Stimme der andern erst einmal zugänglich gemacht werden müsse, ungeachtet der Unterschiede in ideologischer Einstellung und Auffassung, aber im sowjetischen Friedenslager kommt man eben auch ohne diese Voraussetzung aus. Hier wird der Friede nach aussen (von den Chinesen bis zu den Amerikanern) in Freund und Feind unterteilt, und nach innen in loyale Bürger und Verräter. Aber ein kommunistisch geführter Dialog ist ja immer ein Dialog zwischen dem wahrheitsbesitzenden kommunistischen Richter plus Staatsanwalt in einer Person und dem klassenfeindlichen Angeklagten.



CRITICON

die konservative Zweimonatsschrift

Brennpunkte 1973: **KSZE: Menetekel für Europa** von Andreas Friedrich – **Sonderfall Jugoslawien am Ende?** von Predislav Kuborovic und Christian Brügger – **Sozialistische Experimente in Chile** von Alphonse Max – **Welche Zukunft? Entmythologisierung der Revolution** von Ernst Topitsch – **Futurologie als Anti-Ideologie** von Vintila Horia – **Geschichte Wahnsinn als Geschichtsgesetz** von Salaria Landmann – **Unionsparteien – vom Zeitgeist eingekreist Gedanken über eine neue CDU** von Peter Erkelenz – **Die Konservativen in der Bewährung** von Dietrich Pfahler – **Aussenpolitik**

bewusst ausgeschaltet von Werner Wolf – **Religion Guardinis Versuch der «Unterscheidung des Christlichen»** von Herbert Hömig – **England Monday-Club, das Gewissen der konservativen Partei** von Pierre Hofstetter – **Friedensforschung Vom Sinn und Unsinn der Friedensforschung** von Wilhelm Duden – **Griechenland Griechische Parteien und ihre konservativen Elemente** von Gregor M. Manousakis – **Kommentar von Critilo** – **Autorenporträt Peter Berglar** von Bernhard R. Knitter. Wie immer: **Buch aktuell, Buchbericht, Diskussion, Magazin, Notizen.**

Herausgeber: Caspar v. Schrenck-Notzing und Hanns Klätz

An CRITICON-Vertrieb, 848 Weiden i. d. Opf., Postfach 70

Ich abonniere den 3. Jahrgang zum Preis von DM 18,—/§ 5.50/öS 130.— Konto:

K. Knauf, D - 848 Weiden i. d. Opf. 1. Postfach 70 Postcheckamt Nürnberg Nr. 2117 38-854

Unterschrift:

Senden Sie kostenlos **Probenummern**

Name _____

Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Im offiziellen Communiqué des Vorbereitungstreffens wird darauf hingewiesen, dass der kommende Kongress (2. bis 7. Oktober) im Zeichen völliger Gleichberechtigung aller Teilnehmer und vollständiger Freiheit der Meinungsäusserung veranstaltet werde. Auch stehe er allen Interessierten offen («Prawda», 20. März 1973). Mal sehen, was passiert, wenn sich das SOI anmeldet. Der offizielle Titel der Veranstaltung lautet übrigens: «Weltkongress der friedliebenden Kräfte für die internationale Sicherheit und Abrüstung.»

Inzwischen ist ein «Vorbereitungsorgan» geschaffen worden, an dessen Arbeit alle gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen, insbesondere Gewerkschaften und Genossenschaften, teilnehmen können.

Die sowjetische Friedensoffensive hat also beinahe keine Grenzen. Die von der UdSSR geleiteten «internationalen demokratischen Organisationen», die als «Transmissionsriemen» der sowjetischen Aussenpolitik dienen, sind ebenfalls mobilisiert worden, um durch entsprechende Veranstaltungen den Frieden zu fördern.

Parallel zur europäischen Sicherheitskonferenz möchte die Sowjetunion übrigens auch eine asiatische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit vorbereiten. Für diese Idee konnten Indien und einige weitere Staaten schon gewonnen werden, und auch in Japan gibt es laut sowjetischen Berichten wichtige Kreise, welche die baldige Einberufung eines solchen Treffens verlan-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Die zweite Peron-Aera in Argentinien

Sicher eine neue Belastung

Von Alphonse Max

Achtzehn Jahre nach seiner Absetzung ist Diktator Juan Peron wiedergewählt worden — diesmal in der Person seines Strohmannes Hector José Campora. Die peronistische Front Frejuli wird in beiden Kammern des Parlaments die absolute Mehrheit haben. (Erstmals in der argentinischen Geschichte haben überdies Kommunisten in der Abgeordnetenkammer Einsitz genommen.) Handelt es sich jetzt um die Zweitauflage eines schon bekannten Experimentes oder um etwas ganz Neues?

Die Zukunft des Peronismus ist nicht seine Vergangenheit, aber . . .

Peron versicherte in Madrid, dass er keinerlei Machtausübung für sich beanspruche, sein einziger Wunsch sei, «ein glückliches Argentinien, das in der Welt den ihm gebührenden Platz einnehme.» Er behauptete weiter, dass der Peronismus sein Aufbauprogramm des Landes nicht mit einer Vertiefung der alten Wunden und des Hasses beginnen werde. «Wir werden nicht die Fehler derjenigen begehen, die als Handlanger des Hasses und der Vergeltung in die Geschichte Argentiniens eingegangen sind.»

Trotzdem befürchten viele Antiperonisten, dass die kommende Regierung totalitäre Züge aufweisen und dass es um die persönlichen Rechte und Freiheiten schlecht bestellt sein werde. Indessen sind die Zeiten nicht mehr die gleichen und Campora ist nicht Peron. Es dürfte nicht einfach sein, ein diktatorisches System im Stile der Zeiten vor 1955 wieder einzuführen. Pessimistische Thesen schliessen allerdings nicht aus, dass es infolge interner Auseinandersetzungen im Peronismus zu einer totalen Anarchie mit grossen Unruhen kommen könne, und viele Leute fürchten Perons Rachsucht, die im extremen

Fall die Form einer maoistischen «Kulturrevolution» annehmen könnte.

Nationaler Sozialismus

Der Frejuli schlägt ein Entwicklungs- und Sozialisierungsprogramm vor, das eine Beteiligung des Volkes an den Entscheidungen in der Wirtschaft vorsieht.

Eine Agrarreform soll unter dem Motto durchgeführt werden: «Das Land muss dem gehören, der es bearbeitet»; es «muss ein Produktionsmittel und nicht ein Gegenstand von Spekulationen sein». Latifundien und Minifundien sollen aufgelöst werden, und die Verteilung von sogenannten «Familieneinheiten» ist vorgesehen. Die Front tritt für einen «nationalen Sozialismus» ein und lehnt daher den internationalen Sozialismus als «dogmatisch» ab. Sie erklärt, dass das Wesen ihrer «Doktrin» grundsätzlich «national, populistisch und christlich» sei.

Brasilien ist alarmiert

Was Perons Aussenpolitik sein wird, ist völlig ungewiss. Im Laufe der letzten Jahre hat er bei verschiedenen Gelegenheiten widerspruchsvolle Aeusserungen zum Besten gegeben, die radikale

angeblich auch von den Sowjets gewünscht wird?

Der militärpatriotische Frieden

Abgesehen davon stellt sich die konkrete Glaubwürdigkeitsfrage im Sektor Frieden und Abrüstung heute in ihrer akutesten Form. Wozu sind in der Sowjetunion die unzähligen und präzedenzlos gesteigerten Massnahmen zur Militarisierung von Gesellschaft und Wirtschaft nötig? Wozu dienen die offiziellen Anliegen der «militärpatriotischen Erziehung» und vormilitärischen Ausbildung, der grosse Propagandaaufwand für alle Branchen des Wehrsportes und nebenbei natürlich auch die grösste Armee der Welt? Nun, das alles dient, so wird dialektisch dargelegt, dem Frieden. Einem Frieden allerdings, der als militärpatriotischer Frieden zu verstehen ist.

J. Sz.



Das war die Stimmung des Wahlkampfes gewesen. «Peron oder Tod» hatten die Plakate verkündet.

len Anti-Yankeeismus als einzige einheitliche Tendenz aufweisen. Auf das, was Peron während der langen Jahre seines Exils gesagt hat, kann man nicht bauen, wenn man eine Prognose über Argentiniens künftige Wirtschafts- oder Aussenpolitik machen will. Es bleibt dem Zufall und den argentinischen Opportunisten überlassen, wie Argentiniens Geschehnisse in der Zukunft geleitet werden.

Eins steht jedoch schon jetzt fest: Perons Machtübernahme in Argentinien wird enorme Spannungen in ganz Südamerika schaffen. Benruhigt über Perons Comeback, ist Brasilien bereits in Alarmbereitschaft. Die brasilianische Regierung ist im Betreff, die erst neulich abgeschlossenen Verträge über die gemeinsame Nutzung der Wasserwege zu kündigen, hat den Kauf von 40 Kampfflugzeugen in Europa angekündigt und bereitet eine intensive diplomatische Offensive in allen Anrainerstaaten vor. Da alle Länder Südamerikas mit Ausnahme Chiles gemeinsame Grenzen mit Brasilien haben, ist das aussenpolitische Vorgehen Brasiliens von kontinentaler Bedeutung. Dass Peron diese herausfordernde Haltung nicht tatenlos hinnehmen wird, ist wahrscheinlich.

«Kein Grund mehr» für Terrorismus; also kommt er erst recht

Was den Terrorismus in Argentinien betrifft, so meint Peron, dass dieser nach Uebernahme der Regierung durch den Frejuli verschwinden würde, nach dem Naturgesetz: «Ohne Ursachen, keine Auswirkungen». Jetzt, wo der Peronismus erneut an die Macht kommt, habe die Gewaltanwendung keine Berechtigung mehr. Dies mag sich überzeugend anhören, zumindest für die peronistischen Guerrillabewegungen, die immer die Rückkehr des Peronismus als eines ihrer wichtigsten Ziele angegeben haben (FAR, Montoneros usw.). Aber erstens benehmen sich die Terroristen nicht nach den Regeln der Logik, jedenfalls nicht der oberflächlichen Logik, die behauptet, dass sie verschwinden, sobald ihre «Ursache» nicht mehr besteht, und zweitens ist

Von Helsinki nach Moskau

(Fortsetzung von Seite 5)

gen. Die Schwierigkeit liegt bloss darin, dass ein nicht ganz bedeutungsloses Land, nämlich China, entschieden gegen diesen sowjetischen Plan Stellung nimmt.

Wenn eine Friedensveranstaltung — wie jene in Helsinki — zustandekommt aber nicht zur Gänze nach sowjetischen Wünschen verläuft, so wird sie totgeschwiegen. Wird eine andere Veranstaltung nach dem sowjetischen Diktat abgehalten (schon infolge ihrer finanziellen Unterstützung beansprucht die Sowjetführung das Recht auf solche Diktate), so wird beinahe jedes Wort, jede Erklärung veröffentlicht und positiv gewürdigt. Findet so die Annäherung der Völker, die Kontaktnahme unter Organisationen und sogar unter Einzelpersonen statt, wie sie